

MOTION DER ALTERNATIVEN FRAKTION

BETREFFEND STANDESINITIATIVE FÜR SICHERERE ÖLTRANSPORTE AUF  
DEN WELTMEEREN

VOM 17. DEZEMBER 2002

Die Alternative Fraktion hat am 17. Dezember 2002 folgende **Motion** eingereicht:

Der Kanton Zug reicht beim Bund eine Standesinitiative ein mit folgendem Wortlaut:

1. Der Bund schafft ein Gesetz, welches vorschreibt, dass in der Schweiz kein Erdöl in den Verkauf gelangen darf, welches mit Schiffen transportiert wurde, welche strenge Sicherheitsnormen nach internationalen Standards nicht erfüllen.
2. Der Bund schafft ein Gesetz, das den Handel in der Schweiz und von der Schweiz aus mit Erdöl verbietet, welches mit Schiffen transportiert wurde, die strenge Sicherheitsnormen nach internationalen Standards nicht erfüllen.

**Begründung:**

Zug ist einer der grössten Ölhandelsplätze der Welt. Auch die neuste Tankerkatastrophe mit dem Schiff 'Prestige' mit verheerenden Auswirkungen für Pflanzen, Tiere und Menschen an den spanischen und französischen Küsten wurde durch Handelsaktivitäten einer in Zug ansässigen Firma mitverantwortet. Als Zugerin oder Zuger sind wir deshalb besonders betroffen und es gilt, Verantwortung zu übernehmen.

Solange die internationalen Spielregeln solch rücksichtslose Geschäfte erlauben, gilt es alle Möglichkeiten auszuschöpfen, dass solche Desaster mit allen Mitteln verhindert werden. Dass dies dringend ist, zeigt die Haltung der betroffenen Firma: Sie hat gemäss diverser Nachrichtenagenturen erneut einen alten, einwandigen Tank für einen Öltransport gechartert, das 26 Jahre alte Tankschiff 'Byzantio'.

Es liegt in hohem Interesse des Wirtschafts- und Finanzplatzes Zug, dass hier kein Handel betrieben wird, der die ökologischen und ökonomischen Grundlagen von Natur und Mensch vernichtet, auch wenn der Ort des Schadens weit von uns weg liegt.

Ausserdem fügen solche Geschäfte dem Image unseres Kantons beträchtlichen Schaden zu. 'Nach mir die Sintflut', 'nach mir die Ölkatastrophe' - das kann und darf nicht die Richtschnur für wirtschaftliches Handeln sein.

Durch die vorgeschlagenen Massnahmen kann die Schweiz als Binnenland politisch und wirtschaftlich Druck machen, auf den verbesserten und sichereren Transport von Öl auf den Weltmeeren.

Wirksame Sicherheitsnormen für Öltanker haben für einmal die USA erlassen. Auch die EU hat Vorschriften in Vorbereitung, die jedoch erst nach vielen Jahren in Kraft treten sollen und damit Verbesserungen bringen werden. Jedenfalls dürften per Gesetz nur noch Doppelwand-Schiffe zugelassen werden. Weitere Forderungen betreffen beispielsweise die Lots- und Meldepflicht sowie die Ausrüstung mit einem Weitbereichsradar.

Wirtschaftliche Folgen für ein solches Gesetz – wie z.B. ein höherer Benzin- oder Heizölpreis – müssen nicht befürchtet werden. Verzichten doch schon heute einige namhafte Ölhandelsfirmen von sich aus auf risikoreiche und damit günstigere Schiffe. Trotzdem können sie ihre Produkte zu konkurrenzfähigen Preisen am Markt anbieten.

---